



EUROPÄISCHE UNION

Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Dr. Michael Reiterer

Die EU mit 50 und die Schweiz: Perspektiven einer Annäherung

Zürcher Hochschule Winterthur 30. Mai 2007

50 Jahre Römische Verträge

Vor kurzem wurde die Europäische Union offiziell 50 – der Geburtstag wurde europaweit begangen, das Hauptfest fand in Berlin statt, die Berliner Erklärung fasste die Grundidee Europa sowie seine Finalität nochmals kurz zusammen.

Die Verfassungsdiskussion trübte zwar die Feier etwas, doch halte ich nichts davon, die Europäische Union in eine Krise zu reden. Ich halte es mit dem Vergleich einer Aktie: Grundtendenz steigend, auch wenn man bei genauerem Hinsehen Zacken, Ausreisser nach unten und oben sehen kann.

Unbestrittene positive Ausreisser der ersten Jahrzehnte waren die Neuordnung eines rechtsstaatlichen und demokratischen Europas, das wirtschaftliche und sozioökonomische Aufbauwerk, die Aussöhnung innerhalb Europas und der Abwehrkampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus. Ohne die Europäische Union wäre die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich gewesen.

Positiv und unter dem wahren Wert eingeschätzt ist der Erfolg der Erweiterung der Union. Der Fall des Eisernen Vorhanges und der Berliner Mauer wurden noch bejubelt, der Krieg am Balkan mit dem Zerfall von Jugoslawien traf die Union unvorbereitet und ist sicherlich ein Zacken nach unten der europäischen Aktie.

Krieg, Mord und Genozid hätten im 20. Jahrhundert nicht mehr vor unseren Augen passieren dürfen.

Die Lehre die daraus gezogen wurde, war das ein rein wirtschaftliches Europa nicht ausreichend ist, die Probleme nicht bewältigen kann. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam schufen die Grundlage für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – das politische, strategische und auch gemeinsame militärische Denken hielt offiziell Einzug in die Union, ein begrüßenswerter Schritt.

Dass eine Grundlage alleine nicht ausreichend ist, zeigte uns ein anderes außenpolitische Politversagen – die europäische Uneinigkeit anlässlich des Irak Krieges. Die Lehre aus diesem Versagen wiederum daraus findet sich im Verfassungsvertrag für Europa, dem darin vorgesehenen Europäischen Außenminister. Er oder Sie würde der europäischen Politik das notwendige Gesicht, die von Henry Kissinger vor langem eingeforderte Telefonnummer geben und mithelfen, dass Europa international präsenter und effizienter sein könnte, um an der internationalen Politik nicht nur teilzuhaben, sondern sie mitzugestalten.

Das **Politikfeld europäische Außenpolitik** wird auch ständig ausgeweitet: diene ihr die erfolgreiche gemeinsame Handelspolitik im GATT und dann der WTO als Inspiration, ist sie über das rein Wirtschaftliche hinausgewachsen: als Teil der Quad bemühte sich die Union im Nahen Osten Konflikt zu besänftigen und geht dabei auch eigenständige Wege – Beispiel Unterstützung der palästinensischen Verwaltung. Im fernen Aceh, Indonesien, war die Union die einzige Institution, die das Vertrauen der Aufständischen und der Regierung genoss, um den Befriedungsprozess zu überwachen. Nach zehntausenden Toten fanden unter europäischer Bewachung und Aufsicht in der Demokratischen Republik Kongo erstmals Wahlen statt, die diese Bezeichnung verdienen Aktuelle Bestrebungen im Zuge der Rettungsversuche des Verfassungsvertrages, auf diese Institution des Außenministers zu verzichten, finde ich bedauerlich.

Energiepolitik, spätestens seit dem ersten Ölschock der 70er Jahre Teil jeder strategischen Planung, wird ergänzt um Energiesicherheitspolitik nun ebenso "europäisiert" wie Umweltpolitik und Klimaschutz.

Das "**Poolen**" von **Souveränität** bringt der EU in ihrer Gesamtheit mehr Einfluss; gelingt individuell einem Mitgliedstaat sein nationales Anliegen zu "europäisieren" steigen die Chancen der Durchsetzung – eine so genannte Win-win-Situation.

Wiederum in Asien habe ich miterlebt, wie eine weitere europäische Erfolgsstory Beachtung fand – als der **EURO** in Yen plötzlich mehr wert als der Dollar war, drang die europäische Währung in das kollektive Bewusstsein ein und als neue Transaktions- und Reservewährung wahrgenommen. Die in ihrer Region umtausch- und visumgeplagten asiatischen Reisende können die Vorteile der Euro-Zone und die Bewegungsfreiheit des Schengenraumes noch besser schätzen als Europäer, die dies bereits als Selbstverständlichkeit hinnehmen, obwohl sie dies auch hier noch nicht ist: Bürger europäischer Nicht-Mitgliedstaaten fühlen sich im Zuge der Erweiterung plötzlich in einer Rand- und Ghettolage Europas, in der wir sie nicht belassen dürfen.

Lehren aus 50 Jahren Bauarbeit

Eine wichtige Lehre aus den letzten fünfzig Jahren ist, dass wir Europa nicht sich selbst bzw. einem anonymen "Brüssel" überlassen dürfen. Die „Idee Europa“ ist kein fertiges Produkt, sondern eine permanente Herausforderung, eine ständige Baustelle, daher ist auch die Mitgliedschaft in der Union ein dauernder Verhandlungsprozess. Robert Schuman war von Anfang an klar, dass seine Vorstellung von Zusammenarbeit und Integration ein dynamischer Prozess sein muss und nicht eine fertige Blaupause: "Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen" verkündete er in seiner bekannten Erklärung, an die wir uns jährlich am 9. Mai anlässlich des Europatages erinnern.

Dynamik schafft sich nicht von alleine, sie muss geschaffen werden. Das Projekt muss erklärt, angepasst und weiterentwickelt werden, daher braucht das Projekt Führung. Bestimmten in den ersten fünfzig Jahren Persönlichkeiten, die sich mit der Idee für die das Projekt der Union steht identifizierten - Schuman, Monet, Churchill, Adenauer, Spaak, de Gaspari, Mitterand, Kohl, Delors – so sehe ich heute eine Kollektivierung und Anonymisierung und damit verbunden eine Technisierung, die dem Projekt abträglich ist.

Kollektiv distanzieren sich viele Politiker von "Brüssel" – als wäre es nicht auch ihr Werk, als würden sie dort nicht tätig sein und meist selbst im Ministerrat diejenigen Beschlüsse fassen, die sie dann zu Hause kritisieren. Diese kurzsichtige Politik über Jahre gepflegt muss zum Ergebnis führen, das wir allenthalben sehen: eine Entfremdung der Bürger, ein Mangel an Identifikation, was soll am ständig Kritisierten denn auch gut sein?

Anonymisierung ist ein Sargnagel im Zeitalter der Mediendemokratie und der Globalisierung, wo sich die Bürger verstärkt am Lokalen, am Vertrauten festhalten wollen, das sie kennen, das sie verstehen – im Gegensatz zu einem Konstrukt in dem alles mit allem verknüpft und damit unkontrollierbar erscheint.

Erklärung des Technischen, der Verfahren und der Abläufe kann zwar bei einigen „Kopfmenschen“ Verständnis wecken und dadurch Angst reduzieren, aber dies gilt nur für eine Minderheit und birgt noch dazu die Gefahr in sich, ein eminent politisches Projekt, das die europäische Integration ist, auf technische Abläufe zu reduzieren und damit zu verfremden. Der Mehrheit der Bürger muss die EU jedoch anders näher gebracht werden, nicht im Kopf, im Bauch; sie muss erfahrbar sein, auf die Sorgen eingehen und den Erwartungen gerecht werden – sie muss „etwas bringen“.

Dieser Erklärungsbedarf darf nicht an ein anonymes "Brüssel" delegiert werden. Dies ist Aufgabe des Bürgermeisters, des regionalen Ministers, des Ministerpräsidenten. Der Agrarminister müsste darauf hinweisen, dass ein Grossteil der an die Bauern geleisteten Zahlungen aus Brüssel und nicht von ihm oder ihr kommen; der Infrastrukturminister sollte Farbe bekennen, dass die Strasse, der Flughafen, die Schule, die Stadterneuerung von "Brüssel" und nicht von ihm oder ihr sondern von der EU zumindest ko-finanziert werden. Ich, weiß, eine nahezu übermenschliche Anforderung, doch konkrete Beispiele machen die EU erfahr- und sichtbar.

Auch die weitgehend unbekanntenen Rechte der europäischen Staatsbürgerschaft – wie Schutz im Ausland bei jeder Botschaft eines Mitgliedstaates, Recht an Kommunalwahlen nach fünf Jahren Aufenthalt teilzunehmen – müssten besser publiziert werden. Der Einsatz der Wettbewerbsschützer kommt den Konsumenten zu Gute, auf Druck der Kommission werden die roaming Gebühren für Mobiltelefone gesenkt, das europäische Parlament hat vor wenigen Tagen den entsprechenden Entschluss gefasst und ich als Konsument mit Freuden gelesen, dass auch die Schweizer Betreiber über Verbilligungen nachdenken. Sie sehen, nicht immer kommt nur Schlechtes aus Brüssel.

Oft stimmen auch Erwartungshaltung und Möglichkeiten nicht überein: eine der Hauptsorgen der europäischen StaatsbürgerInnen sind ein sicherer Arbeitsplatz und eine gesicherte Pension – in beiden Fällen hat die Union keine Kompetenz, Maßnahmen zu setzen. Sie bietet den Experten und Politikern ein Forum für Gespräch, Erfahrungsaustausch und erarbeitet best practices, reporting cards... handeln müssen jedoch die Mitgliedstaaten, doch wenn es nicht klappt, ist „die EU“ schuld, nicht der einzelne Staat.

Mangels europaweiter Medien – keine Zeitung wird in der ganzen EU von einer Mehrheit gelesen, kein europäisches TV Nachrichten Programm in die Haushalte geliefert – dank der sprachlichen und kulturellen Vielfalt, die es zu respektieren gilt – ist die EU und ihre Inhalte auf "Fürsprecher" und Übersetzer angewiesen. Die EU wird fast ausschließlich durch die nationale Brille gesehen und oft „passend“ eingefärbt, was nur selten zugunsten der EU ausschlägt.

Doch wir gleiten schon wieder ab in das Finanzielle und Technische. "Das, wofür die EU steht" scheint vielen nicht mehr klar zu sein, vor allem wenn sie nicht eine historische Betrachtung anstellen, sondern in die Zukunft blicken.

Die nächsten 50 Jahre

Was werden die nächsten fünfzig Jahre Europa bringen? Wird die Union weiterhin der bestimmende Faktor am Kontinent bleiben? Wird sie eine führende Rolle auf der Weltbühne einnehmen? Wird sich die Union anpassen, weiterentwickeln oder an ihren inneren Gegensätzen scheitern? Was wäre dann die Alternative oder anders gefragt, was wären die Kosten der Nichtexistenz der Union?

Ich bin kein Hellseher und kann Ihnen daher nur Gedanken, nicht Antworten auf diese Fragen anbieten.

Zunächst steht ein sehr unspektakuläres und damit der Öffentlichkeit nicht leicht "verkaufbares" Programm auf dem europäischen Spielplan: **Konsolidierung und Umsetzung des Erreichten.**

Wenn man sich jedoch die Mühe macht sich vorzustellen, was es bedeutete den alten Kernbereich der Union, den Binnenmarkt und seine vier Freiheiten für alle 27 und bald mehr, wirksam zu machen und den gesamten Dienstleistungsbereich – Finanzen, Versicherungen, Transport, Energie – einzuschließen, sowie beispielsweise die Steuerbasis für die Unternehmensbesteuerung zu harmonisieren um einen fairen Steuerwettbewerb zu ermöglichen, so ist noch ein gewaltiges Reform- und Liberalisierungsprogramm zu bewältigen.

Bereich Inneres- und Justiz: Vernetzung von Justizbehörden und Polizei, Anerkennung von Rechtstiteln, gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik, Meisterung der Immigration.

Transportpolitik: Ausbau der europäischen Netze von Strasse, Schiene, Schiff und Flug bei gleichzeitiger Ökologisierung und damit eng verbunden

Paradigmenwechsel in der Politikgestaltung: Nachhaltigkeit als Leitmotiv für alle Politikbereiche, nicht nur im Umweltschutz und der Bekämpfung des Klimawandels, sondern zur Schaffung von Synergien im europäischen Kontext.

Hinzu kommt noch die Notwendigkeit eines weiteren, neuen Paradigmenwechsel in der Union: der Wechsel von einem ursprünglich Elite getriebenen Friedensprojektes zu einem Europa der Politiken zur Meisterung der neuen Herausforderungen, einem Bürger bestimmten Europa in dem diese zu Recht demokratische Mitbestimmung einfordern. Die Kunst hierbei ist es, das richtige Augenmass zu bewahren: die Union ist weder ein Staat noch die Vereinigten Staaten von Europa, daher können nationalstaatlich Philosophien und Konzepte nicht eins zu eins übertragen werden. So hat beispielsweise die „méthode communautaire“, Ausdruck der Verpflichtung der Europaeischen Kommission auf die gesamteuropäischen Interessen, ein für den Erfolg des Integrationsprozesses hauptverantwortlicher Eckstein des Systems, keine Entsprechung im staatlichen System. Montesquieu hatte nicht die Union im Auge, als er seine Staatstheorie zu Papier brachte!

Ich will es mit dieser kursorischen Aufzählung einiger weniger Beispiele bewenden lassen.

Meiner Überzeugung nach ist die europäische Integration so weit fortgeschritten, dass sie über weite Strecken unumkehrbar geworden ist. Dies wird auch von den europäischen Bürgern so gesehen: trotz vieler Kritik gibt es in keinem Mitgliedstaat eine Mehrheit für den Austritt. Dies nicht aus ideologischen Gründen, sondern auf Grund der Macht des Faktischen, der Sachzwänge, die sich aus dem ergeben, was wir gerne „Globalisierung“ nennen.

Die im letzten Jahr vereinbarte Zusammenarbeit der EU mit USA, Japan, China, Korea, Russland und Indien (die Schweiz und Brasilien wollen sich auch beteiligen) zur Bündelung von nationaler Forschungs- und Entwicklungspolitik und der unbedingt notwendigen Kofinanzierung von geschätzten 10,3 Mrd. Euro verteilt über 30 Jahre, zur Erforschung der Kernfusion, um nach Möglichkeit das Energieproblem der Menschheit zu lösen, ist ein eindruckliches Beispiel. (**ITER: International Thermonuclear Experimental Reactor**)

Die Union hat auch noch nicht die **Grenzen Europas** erreicht – im Englischen kann man den schönen Unterschied zwischen „frontier“ und „border“ machen, im Deutschen würde ich ersteres mit „Herausforderung“ und das zweite mit „Grenze“ umschreiben. Die Herausforderung wird sein, die Grenzen zu definieren, jedoch nicht nur mittels der Geographie, sondern auch und vor allem nach politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Kriterien. Unter Berücksichtigung all dieser Elemente wird die Grenzziehung zu erfolgen haben, jedoch ohne neue Mauern oder neue Eiserne Vorhänge zu errichten, wie in anderen Weltgegenden.

Die viel strapazierte Aufnahmefähigkeit der Union ist keine konstante, vorgegebene Größe, sondern gestalt- und ausbaubar. Vergleichbar einer Pflanze, die gepflegt und gedüngt werden muss, damit sie wächst und nicht verdorrt. Sie muss auch gepaart sein mit der Aufnahmewilligkeit, ebenfalls eine zutiefst politische Aufgabe.

Offener politischer Diskurs, Toleranz, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Kontrolle von Macht und Recht d.h. Herrschaft des Rechts sind nicht nur die Grundbausteine, sondern auch die Elemente, die im Dünger sein müssen. Die bisherige Erfahrung mit der Erweiterung- ich wiederhole: meiner Ansicht nach eines oder das erfolgreichste Projekt der Union – lehrt uns, dass die damit verknüpften Herausforderungen, politisch verantwortlich ab- und verarbeitet werden müssen.

Überlässt man dies Populisten, die in "wir" und "die" Kategorien polemisieren, Fremdenfeindlichkeit und primitive Ängste schüren und das Offenkundige, die Vernetzung und den gegenseitigen Nutzen leugnen, wird das Positive in das Negative verkehrt, die Grundstimmung feindlich. Dann verlässt nicht wenige Politiker mit dem Auge auf die nächsten Wahlen der Mut, entschieden gegen Populisten aufzutreten und ihre Aufgabe als Politiker oder als Regierungen wahrzunehmen: verantwortungsvoll zu führen, zu regieren.

Gemeinsames Handeln statt Pochen auf ein 1648 aktuelles gewesenes Konzept der Souveränität, Souveränität wird in der Union „gepoolt“ und nicht „abgetreten“, sind notwendig, um beispielgebend in jenen Teilen Europas zu bleiben, wo Territorialfragen noch ungelöst und Toleranz von und Schutz für Minderheiten noch öffentliche Güter sind, die zwar nachgefragt, aber nur sehr knapp angeboten werden.

Die Erwartungshaltung an die EU ist nicht nur wie erwähnt innerhalb der Union gestiegen, auch die Weltgemeinschaft erwartet sich konstruktive Beiträge der Wirtschaftsmacht auf internationaler Ebene, wo die Union gerade jetzt glaubhafter für

Werte der westlichen Zivilisation, religiöse Toleranz und Menschenrechte eintreten kann, als andere Akteure.

Die Anspannungen und Spannungen, die inneren Gegensätze historisch, politisch, wirtschaftlich oder wie immer motiviert, sind meisterbar, auch in der Zukunft. Das System der EU muss sicherlich verbessert und reformiert werden, schneller angepasst als in der Vergangenheit, da die gesellschaftliche Dynamik und die Geschwindigkeit des Wandels zunehmen und die Politik der Realität nicht zu weit nachhinken darf, um effektiv und damit glaubhaft zu bleiben.

Um die EU den Bürgern näher zu bringen, sollten wir mehr in Politiken, in Zielen sprechen und nicht in Strukturen und Jargon. Visionären sollte nicht ein Besuch beim Psychiater empfohlen werden. Institutionen sind wichtig, Prozesse sind wichtig und auch Transparenz ist wichtig - doch all dies wirkt spröde, bürokratisch und sollte nicht im Zentrum der Diskussion und der Vermittlung des Projektes Europa stehen. Der Wettbewerb der Ideen erscheint mir wichtiger – reduziert man die Union nur auf das Praktische, macht man das Pragmatische zur Maxime der Politik, werden sich die europäischen Bürger der Union nicht wieder zu, sondern noch weiter abwenden. In den Worten von *Denis de Rougemont* „il faut faire des Européens“.

"Gemeinsam", "ensemble", "insieme", "together" ist das Leitmotiv der 50 Jahrfeier – als Institution ist die Europäische Union noch zu jung, um in eine Midlife Crisis zu verfallen, sie hat aber in ihrem Leben bereits so viel an Erfahrung in Befriedung, Aussöhnung, Auf- und Umbau von Gesellschaften, Krisenmanagement, friedensstiftenden und friedenserhaltenden Einsätzen gesammelt, und ist als Mitsiegerin in der großen ideologischen Auseinandersetzung des 20. Jahrhunderts hervorgegangen, dass sie über einen reichen Erfahrungsschatz verfügt, der, wenn richtig genutzt und angewendet, zu einem Weisheitsschub führen kann. "Gemeinsam" sind wir aufgerufen, daran zu arbeiten, mitzuarbeiten und uns zu engagieren – das gilt auch für die **Schweiz als Mitglied der europäischen Wertegemeinschaft.**

Die EU und die Schweiz

Die Schweiz ist mit der EU auf das engste verbunden:

Die EU und die Schweiz haben zusätzlich zu den zwei großen bilateralen Abkommen und dem Abkommen aus 1972, das in letzter Zeit wieder populär geworden ist, an die 100 technische Abkommen. Der Bogen ist weit gespannt, die Bilaterale I dehnte die vertraglichen Beziehungen vom Warenverkehr auf andere Wirtschaftsbereiche aus, die Bilaterale II reflektiert die Weiterentwicklung der Union und bezieht innere Sicherheit, Asylwesen, Umwelt und Kultur ein. Kein Wunder, dass da Außenpolitik zur Innenpolitik und Innenpolitik zur Außenpolitik wird. Die Schweizer Wirtschaft beschäftigt ca. 4 Millionen Personen im Inland und nochmals 2 Millionen im Ausland – auch unter diesem Aspekt ist Außenpolitik Teil der Innenpolitik und damit Interessenspolitik.

Wirtschaftlich ist es beachtlich, dass 7,4 Millionen Schweizer der zweitwichtigste Wirtschaftspartnern von einer halben Milliarde sind, noch vor Japan und China.

Kulturell, die Schweiz ist Teil der europäischen Kultur und hat viele Träger dieser europäischen Kultur hervorgebracht: Max Frisch, Friedrich Dürrenmatt, de Salis, Alberto Giacometti, Carl Gustav Jung, Le Corbusier, Carl Spitteler, Pestalozzi, Arthur Honegger, Hans Küng und Gottfried Keller ist eine nur unvollständige Aufzählung großer Namen.

Politisch teilt die Schweiz wichtige Werte mit der Union: Einsatz für Demokratie und Menschenrechte, Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts - setzte doch die Idee des Roten Kreuzes von der Schweiz ihren weltweiten Siegeszug an; Vermittlung in Konfliktfällen zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit für die Bevölkerung. Ich sehe dies nicht nur als Zeichen der Offenheit, sondern auch als Beleg dafür, dass die Schweiz, eines der reichsten der Länder der Welt, nicht nur egoistisch auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist. Das ist für mich nicht Aktivismus, sondern positives Engagement.

Als Österreicher habe ich auch ein besonderes Naheverhältnis zu **Neutralität**. Österreich wurde nach Schweizer Vorbild neutral, was dazu beitrug die Besatzung nach dem 2. Weltkrieg abzuschütteln. Österreich zeigt aber auch, genauso wie die neutralen Länder Schweden und Irland, dass dieses Konzept auch in der Union überleben kann.

Geographisch ist die Schweiz, mit Ausnahme des Fürstentum Liechtensteins von der Union umgeben, doch im Unterschied von früher nicht von Feinden, sondern von Freunden.

Jeder von Ihnen weiß, dass Freundschaft Meinungsverschiedenheit nicht ausschließt, es kommt nur darauf an, wie man damit umgeht und wie man miteinander umgeht.

Das gilt auch für die aktuelle Diskussion um einige Aspekte der Handhabung der Besteuerung von im Ausland erzielten Gewinnen von Holding, gemischten und Verwaltungsgesellschaften, was in der Bewertung der EU eine **staatliche Subvention** darstellt. Es geht hierbei weder um Souveränität, noch um die Anwendung von EU Recht auf ein Nicht-Mitglied, sondern um die Herstellung von gleichen Wettbewerbsbedingungen, damit der **Steuerwettbewerb**, zu dem sich die Union innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen bekennt, stattfinden kann.

Die Notwendigkeit von Regeln für den Steuerwettbewerb wird in der Schweiz zwischen den Kantonen heftig diskutiert – lassen Sie mich aus einem Kommentar von Silvan Lüchinger, abgedruckt im St. Galler Tagblatt vom 26. Mai 2007, unter dem Titel „Mein Nachbar, mein Feind“ zitieren: „Solange Wettbewerb nach allseits anerkannten Regeln abläuft, ist dagegen wenig einzuwenden. Vom Steuerwettbewerb heutigen Zuschnitts lässt sich das nicht behaupten. Zwar will auch er Mehrwert schaffen Immer unverhohlener aber scheint durch, wo dieser Mehrwert herkommen soll: vom Nachbarn. Den Krankenkassen wird die Jagd nach den guten Risiken zum Vorwurf gemacht. Im Steuerwettbewerb ist sie erklärtes Ziel. Firmen sollen ihre Standorte, natürliche Personen mit hohem Einkommen und Vermögen ihren Wohnsitz verlegen.... Beunruhigend ist die Entwicklung die hier in Gang kommt. Statt freundschaftliches Miteinander misstrauisches Nebeneinander. Der Nachbar, mein Feind“. Die Rede ist nicht etwa vom so genannten Steuerstreit, sondern vom Verhältnis der beiden Appenzeller Halbkantone mit dem Kanton St.Gallen. Die Union ist da einen Schritt voraus – ein Verhaltenskodex regelt innerhalb der Union, wie der Steuerwettbewerb fair geführt werden kann, ich betone es nochmals, er gilt nicht für das Nicht-EU Mitglied Schweiz, doch verhindert er, dass der Nachbar zum Feind wird.

Hier spielt auch der **Bilateralismus** herein. Im Bilateralismus sind die beiden Partner verpflichtet gemeinsam zu reden, es gibt im Unterschied zur Mitgliedschaft oder zum EWR nicht die Möglichkeit, ein unabhängiges Gericht anzurufen. Wir sind jedoch jetzt auf dem guten Weg, wir werden lösungsorientiert miteinander sprechen, wie dies der Bundesrat jüngst bestätigt hat. Ich halte fest, dass Überlegungen hinsichtlich von

Verknüpfungen von Dossiers immer nur von der Schweiz, nicht von der EU, angestellt wurden.

Die **Osterweiterung der EU** ist durch Festigung der Demokratie, durch die Einführung von Marktwirtschaft in vormaligen Diktaturen und Staatshandelsländern eine der größten Erfolgsgeschichten der Union, sowie ein Dienst an Europa im Allgemeinen. Das Schweizer Volk hat dies im letzten Referendum anerkannt. Das letzte Erweiterungspaket der Union wurde in zwei Etappen umgesetzt, 10 Staaten traten am 1. Mai 2004 bei, **Rumänien und Bulgarien** am Jahresanfang 2007. Daher werden wir in nächster Zeit sowohl den in der Union geschätzten Schweizer Solidaritätsbeitrag auf diese beiden Staaten umlegen müssen, als auch die Freizügigkeit der Personen. Da es sich wie eingangs erwähnt um ein Paket handelt, erscheint es mir logisch, die Kriterien, die zur Festlegung des Beitrages für die zehn Mitgliedstaaten führten, auch für Rumänien und Bulgarien heranzuziehen. Wir werden darüber mit der Schweiz sprechen. Ich begrüße daher das vom Bundesrat verabschiedete Verhandlungsmandat für die Personenfreizügigkeit und Kohäsionszahlungen, das nun dem Parlament und den Kantonen zur Begutachtung übergeben wurde.

In diesem Zusammenhang und auch in Anbetracht des 1. Juni 2007, der Verwirklichung der **vollen Freizügigkeit** für EU-Bürger der EU 15 und der EFTA-Staaten:

Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit ist ein oder der zentrale Teil der Bilateralen I, als Ersatz für die Nichtteilnahme der Schweiz am EWR auf deren Wunsch 1994-1998 ausgehandelt und vom Schweizer Volk grundsätzlich akzeptiert, mit flankierenden Maßnahmen von langer Hand vorbereitet und mit einem Sicherheitsventil – Plafonierungsmöglichkeit bis 2014 - versehen. Man muss sich dies in Erinnerung rufen, wenn gelegentlich eher angstvoll spekuliert wird, ob die Schweiz nun von einer „Einwanderungswelle“ bedroht sei, ob sie so und so viele Deutsche aushalte.

Auf Grund der demografischen Entwicklung braucht Europa, braucht die Schweiz jedoch zusätzliche Arbeitskräfte, die nicht nur ihren Teil zum wirtschaftlichen Erfolg in ihren Gastländern sowie ihren Sozialsystemen leisten, sondern auch durch Rücküberweisungen zur Entwicklung in ihren Heimatländern. Letzteres gilt für Staatsbürger aus weniger entwickelten Mitgliedstaaten. Was diese betrifft, sind in der Union Vorkehrungen getroffen worden, dass dies in geregelten Bahnen vor sich geht, was auch für die Schweiz Gültigkeit haben wird. Das gemeinsame Dach Europa, das gemeinsame Haus, sollte uns das Zusammenleben unter Europäern erleichtern.

Die Schaffung der vollständigen Freizügigkeit für EU-Bürger und Schweizer Bürger, letztere werden in der Diskussion oft nicht erwähnt, ist aber nicht nur eine Frage der Demografie, sondern der Integration der Arbeitsmärkte, des effizienten Ressourceneinsatzes. Sie umfasst die Anerkennung von Diplomen und Aspekte der sozialen Sicherheit, damit die Sozialleistungen wechselseitig erbracht werden. Der jüngste Aufschwung der Schweizer Wirtschaft wäre ohne die Bereitstellung von den nachgefragten Fachkräften aus der Union wohl kaum möglich gewesen.

Das Wirtschaftsmagazin „Bilanz“ titelt dieses Monat „Ausländer Rein! Die Schweizer Wirtschaft braucht Einwanderer“, also keine „Boot ist voll“ Parole und unterstreicht, dass Einwanderung vor allem zur Besetzung von qualifizierten Arbeitsstellen und nur sehr eingeschränkt von unqualifizierten notwendig sei. Die Schweiz habe bereits in der Vergangenheit mit Einwanderungen gute Erfahrung gemacht.

Nicht zu letzt durch die Umwandlung von Kurzaufenthaltsbewilligungen wird es zu einem Anstieg kommen und auch Nachzieheffekte werden sich bemerkbar machen, doch dies war gewollt. Verantwortungsvolles Management durch die Politik wird notwendig sein, würde doch eine Nichtverlängerung der Personenfreizügigkeit in 2009 vereinbarungsgemäß das Paket Bilaterale I zu Fall bringen. Im Übrigen merkt „Bilanz“ an, dass weltoffene Gesellschaften sich ökonomisch schneller entwickelten als intolerante Orte.¹

Die von verschiedenen großen Schweizer Unternehmen in Inseraten seit Wochen gepriesene und teilweise vorweggenommene Preisreduzierung für Käse durch Wegfall von Zollschränken, ist ein wohl eher unproblematischer Effekt des 1. Juni 2007. Auch dies ist keine Einbahnstrasse!

Das System von Schengen, das gemeinsame Informationssystem, die Agentur FRONTEX dienen der Sicherheit in diesem europäischen Haus. Bewachung der Außengrenzen zur Gewährleistung der Personenfreizügigkeit im Inneren ist eine große Herausforderung für alle, die bereit sind mitzumachen. Einsätze an den Außengrenzen, technische Vorkehrungen an Flughäfen, Umrüstung von Pässen, vertiefte Zusammenarbeit der Grenzschutz- und Polizeieinheiten bei gleichzeitiger Wahrung der Rechte des einzelnen, des berechtigten Schutzes seiner Daten sind Anforderungen, die der Quadratur des Kreises gleichen. Die Herausforderung ist angenommen, die Schweiz ist bereit sich daran zu beteiligen und hat das Abkommen im Oktober 2004 unterschrieben und im März 2006 ratifiziert und sich vor kurzem für das „SISone4all“ Informationssystem entschieden. Nach Abschluss des Ratifikationsprozesses in der Union, mit dem Inkrafttreten des Abkommens, ist für alle Mitglieder ein Evaluierungsprozess vorgesehen, dessen positiver Abschluss Voraussetzung für die Aufhebung der Grenzkontrollen ist. Ein festes Datum für das Inkrafttreten des Abkommens mit den neuen Mitgliedstaaten gibt es noch nicht, wenngleich Ende 2007 das Zieldatum ist.

Perspektiven

Wie ich eingangs darzustellen versuchte, entwickelt sich die EU dynamisch, in vielen Bereichen, auch nicht mehr eingeschränkt auf das Wirtschaftliche – der Bezeichnungswchsel von Europaeischen Wirtschaftsgemeinschaften zur Europaeischen Union ist nicht semantisch, sondern programmatisch.

Diese Dynamik stellt an das bilaterale Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz auf eine Bewährungsprobe – die vielen Abkommen sind laufend zu aktualisieren und anzupassen, was für beide Seiten arbeitsintensiv ist. Daher auch das Nachdenken über ein Rahmenabkommen, das diesen Prozess im beiderseitigen Interesse erleichtern könnte. Im derzeitigen Stadium denken wir gemeinsam nach, das Problem ist erkannt, Lösungen zu suchen.

Ist der Bilateralismus an seine Grenzen gestoßen?

¹ Bilanz, S. 42.

Diese Frage wird mir häufig gestellt. Ich denke nicht, wir haben noch genügend Themen, wo ein beidseitiges Interesse besteht, eine weitere Annäherung zu finden: Etwa in den Bereichen der Elektrizität, sowohl unter dem Aspekt der Versorgung als auch der Sicherheit, der Zusammenarbeit in den Bereichen Jugend und Medien, einem Freihandelsabkommen im Bereich der Landwirtschaft. Der volkswirtschaftlich immer wichtiger werdende Dienstleistungsbereich ist noch nicht erfasst. Es ist dabei natürlich in Betracht zu ziehen, dass es in einigen dieser Bereiche einen gemeinsamen Besitzstand in der Union gibt, auf den sich die Mitglieder geeinigt haben, der damit die Basis für solche Abkommen sein muss.

Der Bilateralismus steht auch immer wieder am Prüfstand, er wird sich auch in der Umsetzung der zahlreichen Abkommen beweisen müssen, einem Prozess den wir in nächster Zeit besonderes Augenmerk und Energie schenken werden. Auch hier gilt: Konsolidierung und Umsetzung des Erreichten.

Kann der Bilateralismus eine Mitgliedschaft in der Union ersetzen?

Ersetzen wohl nicht, aber er ist ein gangbarer Weg, was der Bundesrat in seinem letzten Europabericht unterstrichen hat. Ein Tagungsband des Europainstituts Zürich spricht hierbei treffend von „Integration ohne Mitgliedschaft“. Damit akzeptiert man natürlich auch die diesem Weg inhärenten Beschränkungen – doch diese Güterabwägung ist Sache der Schweizer und Schweizerinnen.

Der Bilateralismus wird ja von zwei Seiten hier gesehen: Einmal als Ersatz für einen Beitritt, aber auch als Hindernis für einen Beitritt, da die Union mit der Schweiz über die für sie interessanten Bereiche verhandelt und in Abkommen eintritt – à vous à choisir.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

[Es gilt das gesprochene Wort]

29-05-2007